

Interkantonaler Datenaustausch in der polizeilichen Ermittlungsarbeit: Potenziale nutzen!

Antrag vom 19. April 2022

Simmler-St.Gallen / Lüthi-St.Gallen / Locher-St.Gallen (Sprecherin: Simmler-St.Gallen)

Gutheissung mit folgendem Wortlaut: «Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage für eine Rechtsgrundlage für den interkantonalen automatischen Datenaustausch in der polizeilichen Ermittlungsarbeit Tätigkeit zuzuleiten, die einen Rechtsrahmen vorsieht, der dem Schutz der Grund- und Freiheitsrechte der Betroffenen einen hohen Stellenwert einräumt.»

Begründung:

Die Regierung lehnt die Schaffung einer Gesetzesgrundlage für den interkantonalen Datenaustausch in der Ermittlungsarbeit mit der Begründung ab, der Bund sei für diese Gesetzgebung zuständig. Die Motionärinnen und der Motionär teilen diese Einschätzung zwar nicht vorbehaltlos, möchten der Regierung allerdings die Möglichkeit einräumen, hier noch weitere Abklärungen zu treffen, bevor eine Vorlage zugeleitet wird. Zugleich möchte die Regierung die Vorlage auf alle Tätigkeitsbereiche der Polizei ausweiten. Es ist vorstellbar, dass z.B. im Bereich der Vorermittlung oder der Fahndungsarbeit ebenfalls eine verstärkte interkantonale Zusammenarbeit sinnvoll ist.

Gleichzeitig ist es ein Anliegen, zu verdeutlichen, dass eine vorbehaltlose und undifferenzierte Kompetenzerweiterung in allen Bereichen polizeilicher Tätigkeit nicht opportun ist und die Regierung deshalb gehalten ist, eine Vorlage auszuarbeiten, die den Grund- und Freiheitsrechten der von den Datenbearbeitungen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern einen hohen Stellenwert einräumt. Es ist nach der Art der Datenbearbeitung zu differenzieren. Grundrechtseingriffe im Zusammenhang mit der Aufklärung von Straftaten sind z.B. ungleich weniger heikel als solche im rein präventiven Bereich. Mit dem angepassten Wortlaut soll zum Ausdruck gebracht werden, dass von der Regierung eine differenzierte und durchdachte Vorlage erwartet wird. Es soll dem Kantonsrat keine Pauschalermächtigung zum Austausch polizeilicher Daten vorgeschlagen werden.